

ERNESTO KROCH

Ein großes Experiment

In Uruguay regiert die Linke

Eine Partei in der Opposition kann man nach ihrem Programm beurteilen, eine Partei an der Regierung nach ihren Taten.

Am 31. Oktober 2004 wählten 52 % der Uruguayer die Frente Amplio, die Vereinte Linke, und deren Kandidaten, den Sozialisten Dr. Tabaré Vázquez, zum Präsidenten der Republik. Am 1. März 2005 trat die neue Regierung ins Amt. Zwar war die Hauptstadt Montevideo bereits 15 Jahre von der Frente Amplio regiert worden, aber eine kommunale Verwaltung mit beschränkten Kompetenzen und ohne Einwirkung auf Produktion und Wirtschaft ist noch nicht die entscheidende Probe aufs Exempel.

Zwei Prinzipien freilich – Kernstücke auch des nationalen Programms – wurden, wenn auch in bescheidenerem Maße, bereits von der municipalen Politik in die Praxis umgesetzt: Sozialpolitik in Form von Umverteilung von oben nach unten und Partizipation der Bürger an Regierungsentscheidungen.

Fehlte indes noch das Entscheidende und Schwierigste: die paralyisierte Produktion anzukurbeln, Arbeitsplätze zu schaffen. Zur Zeit des Modells »Uruguay – ein Finanzparadies« war es Vorsatz der Frente Amplio gewesen, das Kapital aus der spekulativen Finanzsphäre in die industrielle Produktion umzuleiten. Als das »Finanzparadies« – Modell von vier neoliberalen Regierungen im Juni 2002 mit einem gewaltigen Bankenkrach und 100 % Abwertung gescheitert war und das Kapital Zugvögeln gleich nach Norden flog, galt es nun, die übrig gebliebenen Ressourcen zu mobilisieren und neue Investitionen ins Land zu bringen. Ein solches Vorhaben kam geradezu einer Fata Morgana in der Wüste gleich – in einem bankrott gegangenen Land, dessen Auslandsschuld das Bruttoinlandsprodukt eines ganzen Jahres ausmacht und dessen Agrarwirtschaft und Bürger ihre Schulden nicht mehr zurückzahlen können.

Paradox? Eine linke Regierung, die nach Kapital lechzt? Aber schließlich hatte in Uruguay ja keine sozialistische Revolution stattgefunden, und ohne Kapital funktioniert nun mal die kapitalistische Wirtschaft nicht. Ist also alles beim alten geblieben?

Schaut man nur auf die makroökonomischen Rahmenbedingungen, so scheint sich nicht viel verändert zu haben. Zinspolitik, Wechselkurse wie gehabt, der Export von Fleisch und Wolle wird gefördert und blüht. Wie eh und je werden die bestehenden Verträge eingehalten und Abkommen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) abgeschlossen, denen zufolge zwar die fälligen Amortisationen um 2 Jahre hinausgeschoben und auch die 100 Millionen

Ernesto Kroch – Jg. 1917; in Breslau geboren; Lehre in einer Lokomotivfabrik, 1934 als Mitglied der illegalen Kommunistischen Jugendorganisation (KJO) von der Gestapo verhaftet; nach Gefängnis und KZ Lichtenburg im Dezember 1938 über Jugoslawien nach Montevideo, Uruguay; dort bei der Eisenbahn, später in einer Dampfkesselfabrik angestellt; gewerkschaftlich und politisch in der KPU und der Frente Amplio aktiv; Mitbegründer des Kulturinstitutes Uruguay-DDR, seit 1990 Casa Bertolt Brecht; 1982 unter der Militärdiktatur in Uruguay ins Exil nach Frankfurt a. M., 1986 zurück nach Montevideo; in deutscher Sprache drei Bücher, darunter »Heimat im Exil – Exil in der Heimat« (Verlag Assoziation A) und »Uruguay zwischen Diktatur und Demokratie«; in spanischer Sprache sechs Bücher, dar-

Dollar pro Jahr für das Soziale Notprogramm (PANES) gewährleistet werden, die Zinszahlungen aber weiterhin schwer auf dem kleinen Lande lasten. Denn da Uruguay außer den staatlichen Investitionen kaum über nennenswertes privates Kapital verfügt, ist es auf ausländisches angewiesen. Und für dieses gibt eben der IWF grünes oder rotes Licht.

Das grüne Licht ist aufgeleuchtet, man hört gar Lob aus Washington, doch damit ist noch nicht viel geholfen. Denn Investitionen können, müssen aber nicht Arbeit schaffen und zu Fortschritt führen. Die letzthin, noch unter der vorigen Regierung, hinzugekommenen ausländischen Unternehmen vernichten mehr Arbeitsplätze, als sie schaffen, und schädigen die Umwelt. Eine spanische und eine finnische Zellulosefabrik am Uruguayfluss werden mit ihren Dioxinen den Tourismus aus den Badeorten flussabwärts auch auf dem argentinischen Ufer vertreiben. Der Holzverladehafen einer chilenischen Gesellschaft, der am atlantischen Gestade errichtet werden soll, konnte nun wenigstens von dem Badeort La Paloma ein paar Kilometer fern gehalten werden. Nachbarn und Landwirte von Punta Sayago liegen im Zwist mit der Moonsekte, die da einen riesigen Freihandelshafen anlegen will, der ihre Lebensgrundlage zerstören und dem nahen Hafen von Montevideo das Wasser bzw. die Kundschaft abgraben würde.

Die Eukalyptus- und Kiefernplantagen, die sich auf 660 000 ha ausbreiten – Texaco allein besitzt 70 000 ha, die spanische ENCE 60 000 ha – sind arbeitsplatzvernichtend und umweltschädlich. Denn selbst die wenig arbeitsintensive Viehzucht beschäftigt immerhin 5,8 Personen pro 1000 ha, während die Forstwirtschaft da nur 4,3 Menschen Arbeit gibt. Und der Grundwasserspiegel sank in jenen Zonen derart, dass im Umfeld keine Landwirtschaft mehr möglich ist und in einigen Dörfern das Wasser gar in Zisternen herbeigeschafft werden muss.

Ob die neue Frente-Amplio-Regierung mehr Glück mit Investitionen haben wird, bleibt daher abzuwarten. Mit der Nutzung eines italienischen Kredits von 100 Millionen Dollar und der erneuten Kreditvergabe der staatlichen Banco de la Republica an kleinere und mittlere Betriebe unter günstigen Rückzahlungsbedingungen scheint immerhin ein guter Anfang gemacht zu sein.

Das brächte nicht viel, würde nicht zugleich die niederliegende Kaufkraft der Bevölkerung gestärkt. Und hier hat sich immerhin einiges geändert. Allein das Soziale Notprogramm PANES, das all denjenigen, die unter zwei Dollar Einkommen am Tag haben, ein Bürgereinkommen sowie Gesundheitsvorsorge und – je nach Bedarf – Unterstützung bei der Verbesserung der Wohnverhältnisse sowie Berufsausbildung und vier Monate Arbeit sichert, bedeutet eine Erhöhung kaufkräftiger Nachfrage. Vor allem aber sind es die neue Arbeitsmarktpolitik und die Stärkung der Gewerkschaften, die den Binnenmarkt ankurbeln können. Schon wenige Stunden nach Antritt des neuen Arbeitsministers setzte dieser ein Zeichen mit der Annullierung des Dekrets, das auf Ersuchen der Unternehmer die Polizei ermächtigt, einen von streikenden Arbeitern besetzten Betrieb zu räumen. Tags darauf war durch Vermittlung des Ministers ein Arbeitskonflikt gelöst, der sechs Jahre geschwelt und zu einem Hun-

unter »Ilustraciones, Frustraciones y Esperanzas de la Izquierda« und »El Desafío de la Globalización – un proceso forzoso o gobernable?«

gerstreik der damals entlassenen sieben Gewerkschafter geführt hatte. Die Gaz de France musste diese Gewerkschafter nun wieder einstellen, die Sozialbeiträge wurden nachgezahlt. Schließlich wurden nach 15 Jahren Unterbrechung die dreiseitigen Tarifkommissionen (Consejos de Salario) wieder einberufen, und es wurden in 23 Gruppen, darunter erstmals auch die Land- und Forstarbeiter, Tarife ausgehandelt. Die Reallohnerhöhungen bewegen sich zwar noch in bescheidenen Grenzen von 3 % bis 10 %, stark Unterbezahlte kamen auf 40 %, aber es ist Ziel der Regierung, den Rückstand, der seit der Bankenkrise entstanden ist, in fünf Jahren aufzuholen. Die Gewerkschaften wollen, dass dieses Ziel bereits in drei Jahren erreicht wird. Zudem ist der Mindestlohn fast auf das Doppelte erhöht worden – aber er liegt mit 100 US-Dollar natürlich immer noch sehr niedrig. Das Schlimmste jedoch ist, dass an die 35 % der Erwerbstätigen in prekären Arbeitsverhältnissen stehen, wo Tarife und Sozialgesetze überhaupt nicht greifen – nicht zu reden von den immer noch 11,5 % Arbeitslosen, deren Mehrheit keine Arbeitslosenunterstützung erhält.

Für all jene ist das Soziale Notprogramm PANES zuständig, aber auch da hapert es an schneller Hilfe. Über 150 000 Menschen hatten sich in PANES eingeschrieben, aber nach einem halben Jahr sind es noch keine 20 %, die in das Programm integriert sind. Kein Wunder in einem Land, dessen Regierung sich nie um die Armen gekümmert hatte. Ohne Sozialamt – erst jetzt wurde ein Ministerium für soziale Entwicklung geschaffen – und ohne entsprechende Beamte war die Zählung und Erfassung durchzuführen, musste man in die Elendsviertel gehen, um die wahren Verhältnisse der Eingeschriebenen zu prüfen und die Ärmsten der Armen, die von ihren neuen Rechten nichts wissen, einzuschreiben. Man musste Studenten der Fakultäten für Psychologie und Sozialwissenschaften instruieren und mobilisieren, und zusätzlich boten sich Gewerkschafter an, an diesen Arbeiten teilzunehmen. Der Hunger aber kann nicht warten, vor allem dann nicht, wenn nach Jahrzehnten Hoffnungslosigkeit das Brot endlich in greifbare Nähe gerückt scheint. Und so hat es deshalb schon Straßenblockaden und Demonstrationen gegeben, wobei sich zuweilen wahre Verzweiflung und Provokationen der bürgerlichen Opposition miteinander kombinieren. Die Colorados, die bisher jedes Sozialprogramm als unbezahlbar verfeimten, führen nun eine Hetzkampagne gegen das angebahnte, weil es nicht so schnell vorankommt, wie es sollte.

Andererseits aber blockieren die Unternehmerverbände, im Parlament gestützt von der Opposition der Colorados und der reaktionären Fraktion der Blancos, das Gesetzesprojekt, das die freie Ausübung von Gewerkschaftsrechten garantiert. Es würde »Investoren abschrecken«. Kaum waren nämlich Gewerkschaften und Unternehmer einberufen, um im Arbeitsministerium die Einsetzung der Tarifkommissionen zu vereinbaren, wurden vielerorts Arbeiter entlassen, die sich nun angesichts möglicher werdender Lohnerhöhung in ihren Betrieben organisieren wollten. Dagegen kam es zu Streiks und schließlich zu einem halbtägigen Generalstreik der Gewerkschaftszentrale PIT-CNT als Antwort auf die reaktionäre Politik der Unternehmer und den Boykott ihrer Verbände gegen das geforderte Gewerkschaftsgesetz.

Der Fünfjahres-Haushaltsplan der Nation, der dem Parlament gerade zur Abstimmung vorliegt, weist auf die Schwerpunkte und Ziele hin, die die neue Regierung gesetzt hat:

erstens Investitionen ins Unterrichtswesen, um im Laufe von fünf Jahren einen Anteil von 4,5 % am BSP zu erreichen (gegenwärtig liegt dieser Wert bei 2,8 %);

zweitens eine nationale Gesundheitsversicherung, in die alle gemäß ihrem Einkommen einzahlen und von der alle dieselbe medizinische Betreuung von öffentlichen wie von genossenschaftlichen Leistungsträgern erhalten;

drittens Einführung einer gestaffelten Einkommenssteuer (bisher gab es nur Lohnsteuer) bei gleichzeitiger Senkung der Mehrwertsteuer (die bisher bei 23 % liegt);

viertens erhöhte Investitionen im Infrastruktursektor.

Bei alledem spielt die Beteiligung der jeweils Betroffenen sowohl an der Planung als auch an der Durchführung und Kontrolle eine bedeutende Rolle. So ist zur Zeit ein Gremium von Dozenten, Schulleitern, Studenten, Eltern und Vertretern des Ministeriums dabei, eine umfassende Unterrichtsreform auszuarbeiten. Die Reform des Gesundheitssystems ist bei der Ärztegewerkschaft, der Gewerkschaft des Krankenhauspersonals und bei den medizinischen Genossenschaften (Mutualistas) in der Debatte. Und das Parlament berät die Einsetzung eines Nationalen Wirtschaftsrates, der mit den Repräsentanten der Gewerkschaften, der Unternehmer- und Verbraucherverbände sowie der Universität die Regierung in Wirtschaftsfragen beraten soll. Im Bereich der Energiepolitik und der technologischen Innovation wurden analog partizipative Institutionen geschaffen. Heute sitzen ehemalige Gewerkschaftsführer in der Leitung der staatlichen Unternehmen. An deren Planung sollen Vertreter der entsprechenden Gewerkschaft sowie des Unternehmer- und Verbraucherverbandes teilnehmen. Das ist jedoch noch nicht institutionalisiert.

Die Bürgernähe und Transparenz der neuen Regierung drückt sich auch darin aus, dass Kabinettsitzungen jetzt zuweilen öffentlich stattfinden. So fasste Tabaré mit seinen Ministern Regierungsbeschlüsse vor den Nachbarn in dem Dorfe Zapicán, der Grenzstadt Bella Unión und dem Industriestädtchen Pando. Danach gab er ihnen das Mikrophon, damit sie oder die lokalen Organisationen ihre Vorschläge und Reklamationen vorbringen konnten. Die angesprochenen Minister hatten daraufhin Rede und Antwort zu stehen.

Neuigkeiten gibt es auch in dem Bereich der Menschenrechte. Drei Nach-Diktatur-Regierungen hatten über das Schicksal der unter dem Terrorregime Verschwundenen einen Mantel des Schweigens gebreitet. Der letzte Colorado-Präsident hatte unter dem Druck der Öffentlichkeit zwar eine »Friedenskommission« einberufen, die erstmals einen Bericht über die Ermordung der Verschwundenen auf der Grundlage von Zeugenberichten erstattete, aber da es dieser Kommission an der nötigen Vollmacht fehlte, um die Militärs zu befragen, mussten ihre Ergebnisse unvollständig bleiben. Jetzt gräbt auf Anordnung des Präsidenten Tabaré Vázquez ein Team von Experten in zwei Kasernenhöfen die Erde dort um, wo man Gräber von Verschwundenen vermutet. Da bekannt war, dass das Militär in der Zeit nach der Diktatur eine Ausgrabung und Verlegung der sterblichen

Überreste vorgenommen hatte, mochte jene Aktion eher darauf angelegt sein, die Generäle zum Sprechen zu bringen. Nach einer Zusammenkunft mit dem Präsidenten haben die Generäle denn auch erstmals Informationen übergeben und damit ihre Verbrechen offiziell eingestanden.

Zugleich laufen jetzt mehrere Prozesse gegen den Staatsstreichpräsidenten Bordabeny, dessen Außenminister Blanco und hohe Offiziere, die nach Befinden des Präsidenten Tabaré Vázquez nicht unter das Militäramnestiegesetz, das leider durch das Plebiszit von 1989 abgesehnet wurde, fallen.

Vor wenigen Tagen verabschiedete das neue Parlament ein Gesetz über die Humanisierung des Strafvollzugs und vorzeitige Haftentlassung. Die uruguayischen Gefängnisse sind baulich für weniger als 4000 Inhaftierte vorgesehen, aber zur Zeit mit mehr als 7000 überfüllt, und so leben die Gefangenen in unmenschlichen Verhältnissen. Dazu war es gekommen, weil die mit der Verelendung zunehmende Kriminalität von den vorhergehenden Regierungen nicht unter ihrem sozialen Aspekt betrachtet wurde, sondern durch Verschärfung des Strafmaßes bekämpft wurde. Nun aber suchen Colorados und Blancos eine Panik unter der Bevölkerung zu entfachen: Die Frente-Amplio-Regierung werde Tausende von Kriminellen auf die Leute loslassen. Anders als vordem hingegen kommen diejenigen, die nach Abbüßung der Hälfte ihrer Strafe freikommen – es handelt sich dabei ausschließlich nicht um wegen Gewalttätigkeit Verurteilte –, unter das Patronat von spezialisierten Kommissionen. Diese sollen ihnen Ausbildung und Arbeitsvermittlung und somit die Integration in die Gesellschaft verschaffen. Auf jeden Fall ist ihnen über das Soziale Notprogramm ein Bürgereinkommen gesichert.

Natürlich gibt es auch Maßnahmen, die in der Frente Amplio selbst umstritten sind. Bei der Ausarbeitung des Fünfjahres-Haushaltsplans kam es in der Frage des Budgets für das Unterrichtswesen fast zum Rücktritt des Finanzministers. Am Ende siegte das politische Programm der Frente Amplio mit dem Rückhalt des Präsidenten Tabaré Vázquez über das Sparprogramm des Ministers. Freilich muss man dessen straffe Sparpolitik angesichts der unter den Colorado- und Blancoregierungen herrschenden Korruption im Staatsapparat verstehen. Außer dem kostspieligen, politisch aufgeblasenen Beamtenapparat war eine skandalöse Selbstbedienung der mittleren und oberen »Staatsdiener« in allen öffentlichen Institutionen eingerissen. Zwar wird diese Misswirtschaft jetzt durch nachträgliche Rechnungsprüfungen aufgedeckt und zieht auch Strafverfolgungen nach sich, die Löcher in den kommunalen und staatlichen Kassen aber werden davon nicht mehr gestopft und bleiben leer.

Ein anderer Streitpunkt war, wie die Dollarverschuldung der landwirtschaftlichen und industriellen Betriebe an die Banken zu beheben wäre: ob allgemein durch Gesetz oder individuell Fall für Fall in Verhandlung des Schuldners mit der Staatsbank. Letzteres kam dann durch.

Bei den Wahlen im Oktober 2004 war zugleich eine Volksabstimmung gegen die Privatisierung des Wassers abgehalten worden und mit 64,5 % der Stimmen durchgekommen. Demnach steht jetzt ein Artikel in der Verfassung, der die Wasserversorgung ausschließlich

staatlichen Institutionen vorbehalten. In der Provinz Maidonado hatten jedoch zwei internationale Konzerne Jahre zuvor einen Teil der Wasserversorgung übernommen. Obwohl die Frente Amplio dieses Plebiszit unterstützt hatte, bestanden Tabaré und die neue Regierung seit je darauf, dass einmal unterschriebene Verträge eingehalten werden müssten. Einem dieser Konzerne wurde zwar die Lizenz entzogen, dies aber nur aufgrund nicht erfüllter Vertragsklauseln. Dem anderen Konzern jedoch wurde die Lizenz belassen – was im Gegensatz zur Position der sozialen Organisationen, die die Unterschriften für das Plebiszit sammelten, steht.

Umweltorganisationen organisieren auch Kampagnen gegen die Errichtung von Zellulosefabriken am Uruguayfluss, denen die Regierung grünes Licht gegeben hat. Beim Bestreben der Regierung, einmal geschlossene Verträge einzuhalten, mag außer den millienschweren Kosten einer Vertragskündigung der Vertrauensverlust für Investoren ausschlaggebend sein.

Mit dem kurz vor Abtritt der vorigen Regierung von dieser unterzeichneten Investitionsvertrag mit den USA verhält es sich anders. Er war noch nicht vom Parlament ratifiziert, und schon zuvor hatte die Frente-Amplio-Fraktion angekündigt, sie wäre nicht bereit dazu. Er räume den Investoren Machtprivilegien gegenüber dem Staat ein und widerspreche dem Mercosur. Ein Artikel des Vertrages verbietet zum Beispiel die »Assoziation uruguayischer privater oder staatlicher Unternehmen mit denen eines Landes, das den USA feindlich gegenübersteht oder keine diplomatischen Beziehungen zu ihnen hat«.

Nun ist Uruguay gerade dabei, einen 500-Millionen-Dollar-Handelsvertrag mit Venezuela und einer Assoziation der Erdölgesellschaften beider Länder zu unterschreiben. Dass die erste Amtshandlung des Präsidenten Tabaré Vázquez die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Cuba war, mochte das State Department noch geschluckt haben. Schwerer zu verdauen mochte es ein, dass Tabaré in Washington über »Die Stimme Amerikas« (die Stimme des State Departments) ein Loblied auf Chávez und dessen Bolívarismus anstimmte. Damit ist angedeutet, dass der Investitionsvertrag geändert oder auf Eis gelegt werden könnte.

Angesichts dieser komplexen, teils auch widersprüchlichen Regierungspolitik der Frente Amplio mag man sich fragen, ob eine Sozialpolitik der Umverteilung von oben nach unten eine Wirtschaftspolitik mit umgekehrter Tendenz kompensiert. Um es grob auszudrücken: Welchen Sinn macht es, mit der Sozialpolitik Armut zu bekämpfen, während die Wirtschaftspolitik zugleich neue Armut produziert? Gewiss, der Umverteilungsprozess erhält durch die Partizipation der Bürger, vor allem der arbeitenden Klasse, eine qualitativ neue Bedeutung. Zusammen mit anderen Entwicklungen wie z. B. der Schaffung gleicher Chancen für alle bei Bildung, Ausbildung und sozialem Aufstieg oder der Schaffung auf solidarischer Basis gegründeter Gemeinschaften und Produktionskooperativen kann er zu Wirtschaftsdemokratie führen.

Langfristig wäre das die Grundlage für ein wesentlich anderes Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell als das zur Zeit bestehende. Und das ist schließlich das

Ziel linker Politik. Ein Ansatz dazu ist in Uruguay gemacht.